

## **Antrag**

**der Abgeordneten Petra Bläss, Wolfgang Gehrcke, Uwe Hixsch, Carsten Hübner, Heidi Lippmann, Dr. Winfried Wolf, Roland Claus und der Fraktion der PDS**

### **Partnerschaftliche Beziehungen zu Lateinamerika festigen und ausbauen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Lateinamerika-Reise des Bundeskanzlers Gerhard Schröder hat noch einmal die Bedeutung der europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen unterstrichen. Die Europäische Union ist wichtigster Wirtschaftspartner des Mercosur sowie zweitgrößter Handelspartner und Investor für Lateinamerika. Die Errichtung einer Freihandelszone der EU mit dem Mercosur steht bevor. Für die karibischen Staaten sind durch das Abkommen von Cotonou einige Vorzugsbedingungen geschaffen worden. Mit einer Reihe von Ländern Lateinamerikas gibt es bereits eine neue Generation von Kooperationsabkommen. Hinzu kommt, dass die EU wichtigster Partner der Entwicklungszusammenarbeit in Lateinamerika ist. Für Europa ist die Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Reformen in Lateinamerika zur Stärkung von Demokratie und wirtschaftlicher Stabilität von großer Bedeutung. Die deutsche Lateinamerikapolitik bedarf einer gründlichen neuen Konzeption.

Allerdings führt eine immer stärkere Einbeziehung der lateinamerikanischen Länder in den Globalisierungsprozess zur Zuspitzung sozialer Konflikte in vielen Ländern. Die radikale Liberalisierung der vergangenen zehn Jahre vollzog sich auf Kosten der sozialen Entwicklung. Weiterhin sind die indigenen Völker bedroht und müssen um ihre nationale, ökonomische und physische Existenzsicherung, die Gewährung gleicher Rechte sowie den Schutz ihres Lebensraumes kämpfen. Es vollzieht sich ein schwieriger Prozess von subregionalen Integrationsbemühungen, insbesondere die Entwicklung des Mercosur. Der Friedensprozess in mittelamerikanischen Ländern ist instabil und in Kolumbien herrscht erneut offener Bürgerkrieg.

Nach den negativen Erfahrungen mit den sozialen Folgewirkungen einer ungebremsten Liberalisierung gibt es in vielen lateinamerikanischen Ländern Bemühungen, eine soziale Abfederung der Wirtschaftsreformen zu erreichen und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu ergreifen. Aufgrund ihrer wirtschaftlich unsicheren Lage haben die lateinamerikanischen Länder großes Interesse, in ihren Handelsbeziehungen Übergangsregelungen zum Schutz ihrer nationalen Industrien und Märkte zu vereinbaren, den Technologietransfer zu verstärken sowie der landwirtschaftlichen Produktion Exportmärkte zu öffnen. Eine wichtige Rolle kommt auch der Diversifizierung der Handelspartner zu.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

mit ihrer Lateinamerikapolitik dem durch das Gipfeltreffen EU – Lateinamerika im Juni 1999 eingeleiteten Prozess der Ausgestaltung einer strategi-

schen Partnerschaft durch eigene Initiativen eine neue Dynamik zu verleihen, insbesondere:

1. sich in der Politik gegenüber Lateinamerika und der Karibik nicht überwiegend von wirtschaftlichen und unternehmerischen Interessen leiten zu lassen, sondern zur Stabilität und Entwicklung durch soziale Gerechtigkeit und Zurückdrängung des Marktradikalismus neoliberaler Prägung beizutragen;
2. entsprechend den Bestrebungen und Interessen von Regierungen und Nichtregierungsorganisationen in Lateinamerika die Gestaltung der lateinamerikanischen Integration nicht auf die von den USA forcierte Amerikanische Freihandelszone (ALCA bzw. FTAA) zu reduzieren, sondern eigenständige Integrationsprojekte Lateinamerikas wie Mercosur, Andenpakt, Zentralamerikanischer Markt und CARICOM zu unterstützen, die geeignet sind, negative Folgen der Globalisierung zu vermindern;
3. die strikte Beachtung von Umwelt- und Sozialstandards durch in Lateinamerika und der Karibik tätige deutsche Unternehmen und ihre Beteiligung an Projekten für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Armutsbekämpfung einzufordern; die Kooperation von Klein- und Mittelunternehmen zu fördern und die Reform der Hermesbürgschaften nach sozialen und ökologischen Kriterien umgehend voranzubringen. Deutschland wird sich nicht weiterhin an der Aufrüstung von Armeen lateinamerikanischer Staaten beteiligen und dazu beitragen, den Handel mit Kleinwaffen und Munition zu unterbinden;
4. zu einer europäischen Außenwirtschafts- und Agrarpolitik beizutragen, die in das Ziel einer weltweit sozial gerechten und ökologisch tragfähigen Entwicklungspolitik eingeordnet ist, um eine neue, faire Basis für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den lateinamerikanischen AKP-Staaten zu schaffen. Notwendig hierfür ist
  - eine Öffnung des EU-Marktes für landwirtschaftliche und industrielle Produkte Lateinamerikas, um Ungleichgewichte im Handelsaustausch abzubauen;
  - eine vom jeweiligen Entwicklungsstand abhängig zu machende Öffnung der lateinamerikanischen Märkte;
  - die Schaffung eines Abkommens zur Regulierung ausländischer Direktinvestitionen entsprechend den Interessen der Empfängerländer und in Übereinstimmung mit regionalen Entwicklungsprojekten;
  - ein verstärkter Technologie- und Wissenstransfer;
  - eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU;
  - Subventionsabbau bei EU-Überschussproduktion;weiterhin ist es sinnvoll,
  - sich im Rahmen der EU für die aktive Förderung einer selbstbestimmten politischen und ökonomischen Integration in den AKP-Regionen (Finanzmittel, capacity building, institutionelle Beratung etc.) einzusetzen, ohne politischen Druck auf die Ausgestaltung und die Geschwindigkeit der Integration auszuüben;
  - das Kooperationsabkommens der EU mit Mexiko unter dem Aspekt des Menschenrechtsschutzes zu überprüfen und dabei insbesondere auf die Rechte der indigenen Bevölkerung aufmerksam zu machen;
  - in Handelsabkommen auf bilateraler Ebene sowie in Abkommen im Rahmen der EU die Aufnahme von verbindlichen Menschenrechtsklauseln mit konkreten Überprüfungsmechanismen zu befördern;

- sich für die Verabschiedung verbindlicher Normen für in Entwicklungsländern tätige europäische Unternehmen durch die EU einzusetzen, wie sie vom Europäischen Parlament im Januar 1999 gefordert wurden. Ein entsprechender rechtsverbindlicher Verhaltenskodex unter Einbeziehung von Kontrollmechanismen und Sanktionen für transnationale Unternehmen sollte auch in künftigen Kooperationsabkommen zwischen der EU und lateinamerikanischen Staaten berücksichtigt werden. Um einen Anpassungswettlauf nach unten zu verhindern, sollte auch die Förderung ausländischer Investitionen durch die EU an die Einhaltung einheitlicher sozialer, menschenrechtlicher und ökologischer Mindeststandards geknüpft werden;
5. dafür Sorge zu tragen, dass sich Deutschland in seinen bilateralen Beziehungen zu Ländern Lateinamerikas und der Karibik angesichts des ungelösten Schuldenproblems für eine weitere Entschuldung lateinamerikanischer Länder einsetzt und selbst bilateral Schulden erlässt, ohne dass es bei einem Schuldenerlass zu Mittelkürzungen für Entwicklungszusammenarbeit kommt;
- im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit eigenständige und im gleichberechtigten Dialog mit den lateinamerikanischen Partnern unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft entwickelte Projekte zu fördern, die auf die Schaffung nachhaltiger Strukturen ausgerichtet und dazu geeignet sind, soziale Spannungen abzubauen. Besonders gefördert werden sollten Projekte mit Schwerpunkt
    - Armutsbekämpfung und Alphabetisierung,
    - medizinische Grundversorgung,
    - Wahrnehmung demokratischer Rechte und Mitbestimmung von Frauen und Indigenas,
    - Aufbau einer demokratischen Justiz,
    - Durchsetzung von Landrechten und Aufbau eines Katasterwesens,
    - Erhaltung der biologischen Artenvielfalt,
    - Wiederaufforstung des Regenwalds,
    - Schaffung alternativer Einkommensquellen für Bewohner und Nutzer der Primärwälder,
    - Unterstützung sozialer Initiativen,
    - Förderung besonders verwundbarer Gruppen (Frauen, Jugendliche, Kinder, Indigenas und Afroamerikaner),
  - im Dialog mit den lateinamerikanischen Partnern über Armutsbekämpfung, Umweltschutz, Demokratieförderung konsequent auf die Einbeziehung der sozialen Organisationen der Bevölkerung in die Erarbeitung der nationalen Entwicklungspläne zu dringen und die Projektarbeit von deutschen Nichtregierungsorganisationen, die schwerpunktmäßig zu Lateinamerika arbeiten, verstärkt zu fördern;
6. sich im besonderen Maße auch im Rahmen der internationalen Unterstützerguppe, für eine zivile Konfliktlösung und einen tragfähigen Friedensprozess in Kolumbien einzusetzen, den Plan Colombia unmissverständlich abzulehnen, entschieden gegen militärische Lösungen und umweltzerstörende Maßnahmen der Antidrogenpolitik wie Besprühungsaktionen aufzutreten und verstärkt Hilfe für die Realisierung von Alternativen zum Drogenanbau anzubieten;
- den Dialog mit lateinamerikanischen und karibischen Staaten und Regionalorganisationen zu überregionalen und globalen Problemen zu inten-

sivieren, insbesondere im Vorfeld internationaler Konferenzen zu Problemen wie regionale und globale Friedenssicherung und Konfliktprävention;

- auf die Fortführung des Friedens- und Demokratisierungsprozesses in El Salvador, Guatemala, Peru und Nicaragua zu drängen; nachdrücklich auf die Aufhebung der faktischen Straffreiheit von Menschenrechtsverletzungen wie z. B. Vertreibung, Ermordung oder Todesdrohung zu drängen;
  - den Prozess der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Aufarbeitung der Geschichte zu unterstützen, sowie durch Offenlegung relevanter Dokumente die eigene Beteiligung und Mitwirkung an der Stützung diktatorischer Regime zu thematisieren und z. B. im Fall deutschstämmiger Argentinier aktiv zur Klärung des Schicksals Verschwundener sowie zur Bestrafung der Täter beizutragen;
7. die Beziehungen zu Kuba auf gleichberechtigter Grundlage weiter zu entwickeln, sich gemeinsam mit den EU-Staaten für die Gleichbehandlung Kubas im lateinamerikanischen Rahmen und für eine Aufhebung des US-amerikanischen Handelsembargos gegen Kuba einzusetzen;
  8. gemeinsam mit den lateinamerikanischen Ländern der weiteren Umweltzerstörung entgegenzuwirken, alles für den Schutz der tropischen Regenwälder, insbesondere des Amazonas-Gebietes, zu tun und den umweltzerstörenden Auswirkungen der Monokulturen mit geeigneten Unterstützungsmaßnahmen in der Landwirtschaft zu begegnen;
  9. den Abbau der Kulturbeziehungen zu stoppen und durch die Bereitstellung von mehr Kapazitäten und Finanzen für die Auslandsschulen, die Goethe-Institute, das Institut für Auslandsbeziehungen, für die Inter Nationes und die Auslandseinrichtungen der politischen Stiftungen den interkulturellen Dialog stärker zu fördern;
  10. Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen zu Lateinamerika zu vergrößern und insbesondere das in Europa einmalige IBERO-AMERIKANISCHE INSTITUT der Stiftung Preußischer Kulturbesitz langfristig zu sichern.

Berlin, den 14. März 2002

**Petra Bläss**  
**Wolfgang Gehrcke**  
**Uwe Hixsch**  
**Carsten Hübner**  
**Heidi Lippmann**  
**Dr. Winfried Wolf**  
**Roland Claus und Fraktion**

## Begründung

Mit der Entwicklung von drei regionalen Wirtschaftsblöcken im „transatlantischen Dreieck“, der Europäischen Union, dem Mercosur und der NAFTA ist der lateinamerikanische Subkontinent stärker in die Auseinandersetzung um die politische, wirtschaftliche und soziale Gestaltung der Globalisierung geraten. Die Unterstützung der lateinamerikanischen Länder bei der Aktivierung und Nutzung ihrer Potentiale in der Entwicklung ihrer Integration, entsprechend ihren Interessen und Bedürfnissen, und die Zusammenarbeit mit ihnen muss im Mittelpunkt der strategischen Partnerschaft EU–Lateinamerika stehen.

Angesichts des aktuellen Handlungsbedarfs ist die deutsche Lateinamerikapolitik bisher zu wenig aktiv und mangelt an Kohärenz. Im Gegensatz zu den Erfordernissen ist sogar ein Kapazitätenabbau im wissenschaftlichen und Ausbildungsbereich, in der Tätigkeit politischer und kultureller Einrichtungen im Ausland sowie in der Mittelzuweisung für Entwicklungszusammenarbeit festzustellen. Die deutsche Lateinamerikapolitik hat in den letzten Jahren immer mehr an Profil verloren. Sie wird immer weniger den Erfordernissen der Gestaltung globaler Entwicklungsbedingungen gerecht und überlässt, auch auf wirtschaftlichem Gebiet, weite Entfaltungsbereiche den Konkurrenten, vor allem den USA.

Die Passivität der deutschen Außenpolitik in Bezug auf Lateinamerika drückt sich auch in der Hinnahme der Blockadepolitik der USA gegenüber Kuba, in der Zurückhaltung gegenüber der kolumbianischen Regierung bei der Einforderung einer friedlichen Lösung im Bürgerkriegskonflikt in Kolumbien und im ungenügenden Engagement für die politische Lösung der Konflikte in Chiapas und anderen Regionen Mexikos mit überwiegend indigener Bevölkerung aus.

In Lateinamerika droht eine umfassende Rezession. Dies wird die labile soziale Lage der meisten lateinamerikanischen Staaten verschärfen. Aber unabhängig vom konjunkturellen Auf und Ab der Wirtschaft bleibt festzustellen, dass ein größeres Wirtschaftswachstum nicht per se zu einer Verbesserung der Sozialstrukturen führt. Die Globalisierung trägt nicht zur Armutsbekämpfung und zur Entwicklung fortgeschrittener Binnenmärkte bei. Im Gegenteil: Die neoliberalen Strukturanpassungen haben mehr negative als positive Folgen für die gesellschaftliche Entwicklung der Mehrzahl der Länder Lateinamerikas. So bringen die kapitalintensiven neuen Technologien keine Arbeitsplätze für die große Masse der gering qualifizierten Arbeitskräfte, die die Mehrheit der arbeitsfähigen Bevölkerung stellen.

Die Verschuldung Lateinamerikas ist seit 1985 von 300 Mrd. US-Dollar auf etwa 800 Mrd. US-Dollar angestiegen. Mehr als 56 % der lateinamerikanischen Exporterlöse fließen mittlerweile jährlich in die Schuldentilgung. Bereits jetzt hat Lateinamerika mit der Summe der Zinszahlungen schon das Dreifache der Ausgangsschulden zurückgezahlt. Aufgrund der Verschuldungssituation sind Investitionen für den sozialen Fortschritt kaum noch vorhanden.

In dieser Lage ist europäische Unterstützung notwendig. Europa hat ein begründetes Interesse daran, dass der notwendige Prozess der lateinamerikanischen Integration nicht als Unterordnung unter die wirtschaftlichen Interessen der USA und als Fortsetzung des sozialen Kahlschlags der letzten Jahrzehnte, sondern auf einer Grundlage stattfindet, die wirtschaftliches Wachstum mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit vereint.





